

Sessionsbericht Frühjahrsession 2015

Datum: 29. März 2015

Von Jürg Grossen, Nationalrat BE

In der vergangenen Session standen für mich zwei Geschäfte im Mittelpunkt: Einerseits konnten wir uns auf einen vernünftigen Kompromiss zur Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative einigen. Andererseits befasste ich mich als Verkehrspolitiker vertieft mit dem Gütertransportgesetz, das medial zwar weniger Beachtung fand, für die künftige Güterverkehrspolitik auf Strasse, Schiene und dank dem Rheinhafen auch auf dem Wasser aber wichtige Weichen stellt. Schliesslich führten wir eine ausführliche Debatte mit wenig Ertrag über die Frankenstärke.

Guter Kompromiss bei den Zweitwohnungen

Die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative war in den vergangenen Monaten ein vieldiskutiertes und für uns Parlamentarier ein schwieriges Thema. Ich habe damals die Initiative persönlich aus Überzeugung abgelehnt, weil sie gerade für unsere Berggebiete eine viel zu starre Regelung darstellt. Zwar wollen auch wir Grünliberalen die Zersiedelung bremsen und kalte Betten vermeiden, dafür ist aber beispielsweise das neue Raumplanungsgesetz besser geeignet als eine fixe Quote für Zweitwohnungen in der Verfassung. Trotzdem habe ich immer den Standpunkt vertreten, dass wir verpflichtet sind, ein Gesetz zu verabschieden, das dem Willen der Stimmberechtigten gerecht wird.

Nachdem die SVP den Verfassungsartikel zuerst zusammen mit der CVP mit allerlei Trickli aushebeln wollte, drohte gar ein Referendum gegen dieses Zweitwohnungsgesetz. Das wäre fatal gewesen, weil sich die Unsicherheiten für die betroffenen Regionen noch weiter erhöht hätten. Umso mehr hat es mich gefreut, dass sich FDP und SVP in letzter Minute zu einem Kompromiss mit den Initianten durchgerungen haben. Hier muss ich für einmal anerkennend sagen: Gute Arbeit!

Mit dem Kompromiss ist es gelungen, sowohl dem Volkswillen wie auch den betroffenen Regionen einigermassen Rechnung zu tragen. Es muss aber angemerkt werden, dass auch die Initianten der Zweitwohnungsinitiative bei diesem Kompromiss von ihren Maximalforderung abgewichen sind - ich hoffe, die SVP zeigt sich bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ebenfalls derart pragmatisch. Das wäre ein wichtiges Zeichen für eine konsensorientiertere Politik im Interesse unseres Landes.

Mehr Priorität und Eigenverantwortung für den Schienengüterverkehr

In der letzten Sessionswoche stand für mich die Debatte über das Gütertransportgesetz im Vordergrund. Mit diesem Gesetz soll der Güterverkehr im Allgemeinen und der Schienengüterverkehr im Speziellen gestärkt werden. Zusammenfassend kann man sagen, dass der Schienengüterverkehr mehr Rechte erhält, aber auch mehr Eigenverantwortung übernehmen muss. Einerseits soll der Schienengüterverkehr endlich gleichberechtigte Fahrrechte wie der Personenverkehr erhalten. Damit kann verhindert werden, dass der Güter- durch den Personenverkehr verdrängt wird.

Mit diesem Gesetzesvorschlag erfüllt der Bundesrat auch mein Postulat aus dem Jahr 2012, welches genau das gefordert hat. Anderer-

seits soll künftig auch der Gütertransport auf der Schiene grundsätzlich eigenwirtschaftlich sein und sich dem Wettbewerb mit der Strasse stellen müssen. Weiter soll die SBB von der gesetzlichen Pflicht entbunden werden, Güterverkehr als Kernaufgabe anzubieten. Als Unternehmer gefällt mir diese liberale Lösung sehr, denn sie schafft Wettbewerb und stärkt letztlich andere Schienen-Güterverkehrsanbieter wie die BLS. Ich unterstütze deshalb, dass wir in einem nächsten Schritt die SBB Cargo AG in ein eigenständiges Unternehmen ausserhalb der SBB überführen. Ich bin überzeugt, dass es mit diesem Gesetz gelingen wird, dem Inland-Schienengüterverkehr Rahmenbedingungen zu geben, damit er einerseits mit der wirtschaftlichen Dynamik Schritt halten kann und er andererseits einen wesentlichen Bestandteil zum dringend notwendigen verbesserten Umweltschutz leisten kann.

Lange Debatte mit wenig Ertrag zur Frankenstärke

Mitte Januar, der Schock war gross, zumindest medial. Die SNB hebt den festen Euro-Franken-Kurs auf. Seit her herrscht Frankenstärke! Der Nationalrat debattiert einen ganzen Nachmittag lang darüber. (Fast) jede Partei predigte dabei ihr Parteiprogramm und wies darauf hin, weshalb genau ihr Parteiprogramm die Not der Betroffenen lindern würde. Eine völlig unnötige und ineffiziente Debatte ohne neue Erkenntnisse. Die SVP und die FDP wollen die Energiestrategie beerdigen, die SP will der Nationalbank politische Vorschriften machen, die Bürgerlichen wollen einen Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer einführen und die Bürokratie abbauen. Letzteres will ich auch und habe mich schon zimal gegen neue Gesetze gewehrt, die genau diejenigen Parteien beschliessen, welche nun gegen zu viel Bürokratie schimpfen. Zusammengefasst war diese Frankenstärke-Debatte unnötig und ineffizient, ein Schaulaufen der Parteien ohne neue Erkenntnisse und erkennbaren Mehrwert. Etwas, was mich an meiner Arbeit im Bundeshaus immer wieder stört: Es werden zu oft grosse Töne angeschlagen und Taten folgen keine. Da bin ich jeweils froh darüber, mit einem Bein in der Wirtschaft zu stehen und jeden Tag in unserer Elektroplanungsfirma konkrete Projekte zu realisieren.

Neben den Politikern nutzen leider auch zahlreiche Firmen und ganze Branchen mit dem Schlagwort Frankenstärke die „Gunst der Stunde“. Da werden Stellen abgebaut, es wird Kurzarbeit eingeführt und es werden Forderungen an die Politik gestellt. Geradezu sympathisch und erfrischend war hingegen die Stellungnahme von Schweiz Tourismus, welche die gesamten Interessen der Gastro-, Hotel- und Seilbahnbranche vertritt und mitgeteilt hat: „Schweiz Tourismus fördert Qualität als wettbewerbsentscheidenden Faktor und lehnt es ab, die Beherbergung kurzfristig von der Mehrwertsteuer zu befreien.“ Das ist eine gesunde und eigenverantwortliche Einstellung einer stark betroffenen Branche, denn nur mit Qualität können wir gewinnen.

Apropos; von den Gewinnern der Frankenstärke spricht fast niemand. Wir Schweizer sind - abgesehen von unbestrittenen Nachteilen und Problemen - nämlich alle auch Gewinner und wurden gegenüber dem Euroraum auf einen Schlag um fünfzehn Prozent reicher!